Pressemitteilung

Im Landtag von Baden-Württemberg

Die Grünen Bündnis 90

Konrad-Adenauer-Str. 12
70173 Stuttgart

Tel: 0711-2063-678/687/683
Fax: 0711-2063-660
schmitt@gruene.landtag-bw.de
http://www.bawue.gruene-fraktion.de

056/2003 Stuttgart, den 12.03.2003

Verkehrsminister Müller weckt falsche Hoffnungen

Boris Palmer: „Verlängerung der Wunschliste für Bundesfernstraßenbau ist schwarze Magie“

Der verkehrspolitische Sprecher der Grünen im Landtag, Boris Palmer, vermutet bei Verkehrsminister Müller fortschreitenden Realitätsverlust: „Trotz eines geplanten Zuwachses der Ausgaben des Bundes für den Fernstraßenbau in Baden-Württemberg von über 50% war Müllers Wunschliste schon bisher um zwei Milliarden € zu lang. Statt sie nun aber entsprechend zu kürzen, verlängert er sie weiter. Jetzt will er drei Milliarden € ausgeben, die der Bund ihm nicht geben kann. Diese Luftbuchungen erklären sich nur noch durch schwarze Magie.“

Mit seiner heute vorgestellten „Planungsreserve“ hat Müller die Liste der vom Land als vordringlich gemeldeten Bundesfernstraßenprojekte um 835 Millionen € für eine Reihe von zusätzlichen Projekten auf insgesamt rund 7,5 Milliarden € verlängert. Zusätzlich erwartet das Land vom Bund die Übernahme der Refinanzierungskosten auf Pump gebauter Straßen - nach Ansicht des Landes ein Volumen von 0,5 Milliarden €, nach Berechnungen des Bundes von einer Milliarde €. Damit beläuft sich die Gesamtforderung des Landes an den Bund auf 8,5 Milliarden € bis zum Jahr 2023.

Der Bund sieht demgegenüber für den Zeitraum bis 2015 für Baden-Württemberg ein Volumen von 5,5 Milliarden € vor. Darin enthalten sind bereits eine Planungsreserve von 25% entsprechend 1,4 Mrd. € und die Kosten der Refinanzierung von einer Milliarde €. Der

Umfang des vordringlichen Bedarfs einschließlich Planungsreserve - aber nach Abzug der Refinanzierungskosten - wird daher 4,5 Milliarden € betragen. Eben diesen Betrag hatten die Grünen bei der Erstellung ihrer Prioritätenliste zu Grunde gelegt.
Müllers verlängertem Wunschzettel liegt aus Sicht der Grünen eine Missverständnis und ein Trick zu Grunde. Entgegen Müllers irriger Annahme ist die Planungsreserve von 25% bei der Berechnung des Volumens des vordringlichen Bedarfs bereits enthalten. Und Müller trickse, wenn er als einziger Verkehrsminister eigenmächtig und ohne Absprache mit dem Bund die Geltungsdauer eines Bundesplanes um 30% verlängere.

Mit Genugtuung registrieren die Grünen, dass Müller nun auch den Stadttunnel Freiburg als vordringlich betrachtet. „Offensichtlich hat der Minister erkannt, dass man Freiburg nicht von zwei Seiten vierspurig einmauern und dann im Dreck ersticken lassen darf.“ Allerdings sei der Preis hoch: „Weil Müller auf nichts verzichtet und seine Liste nur verlängert, weckt er überall vor Ort falsche Hoffnungen, die nur enttäuscht werden können. Er kann einfach nicht nein sagen und will niemandem wehtun. Dukatenesel gibt es nur im Märchen. So diskreditiert sich die Politik selbst.“

Müllers Finanzierungsvorschlag baut nach Ansicht der Grünen auf zwei falschen Voraussetzungen: Angeblichen Kürzungen des Bundes im Straßenbau und Streichungen bei der Schiene. Die Kürzungen werde es nicht geben, und der Schiene Geld zu nehmen, um es in Straßenbau zu stecken, sei mit den Grünen in der Regierung nicht machen. Der Wegfall des Sonderprogramms Umgehungsstraßenbau aus den Erlösen der Mobilfunkversteigerung, den Müller als Kürzung interpretiere, sei lange bekannt und kein Grund für Nachschlagsforderungen. Müllers Kritik an der Konstruktion der LKW-Maut wies Palmer als Widerspruch in sich selbst zurück. Einerseits fordere die Landesregierung bis heute eine höhere Entlastung der Spediteure aus den Einnahmen der Maut, andererseits mache sie der Bundesregierung zum Vorwurf, dass die EU-Kommission genau diese vorgesehene Entlastung als versteckte Beihilfe kritisiert: „Da sieht man nur: Wer der Union entgegenkommt hat nachher nichts als Ärger.“

In der Summe sind Müllers Forderungen für die Grünen maßlos und fern jeder Realität: „Die Union will die Ansprüche an den Staat und die Sozialversicherungen überall zusammenstreichen. Nur beim Straßenbau soll der Staat seine Ausgaben massiv steigern. Das ist maßlos, sozial ungerecht und ökologisch unverantwortlich“, sagte Palmer.